

Die bayerische Wirtschaft

Kommunalwahl 2026

16 Forderungen der vbw

vbw

◆ Kommunalwahl 2026 in Bayern

16 Forderungen der vbw

Forderungen auf einen Blick	02
16 Forderungen	03
Impressum / Kontakt	11

Am 08. März 2026 finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Kommunen sind die Heimat unserer Betriebe und ihrer Beschäftigten. Eine starke Wirtschaft braucht starke Kommunen. Hier die Forderungen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. im Vorfeld der Kommunalwahlen.

Forderungen auf einen Blick

01 Wirtschaftsförderung ins Zentrum der Kommunalpolitik stellen

02 Finanzierung der Kommunen sicherstellen

03 Moderne Verkehrsinfrastruktur vor Ort gewährleisten

04 Mehr Wohnraum schaffen

05 Ausreichend Kinderbetreuungskapazitäten zur Verfügung stellen

06 Kundenorientierte digitale Verwaltungen schaffen

07 Energiewende in den Kommunen weiter vorantreiben

08 Digitale Netze weiter ausbauen

09 Gesundheitsversorgung sicherstellen

10 Für ein optimales Zusammenspiel von kommunalen und privaten Anbietern sorgen

11 Kommunale Aufträge über mittelstandsfreundliche Losvergabe erteilen

12 Kreislaufwirtschaft in den Kommunen vorantreiben

13 Attraktive Innenstädte beziehungsweise Ortskerne schaffen

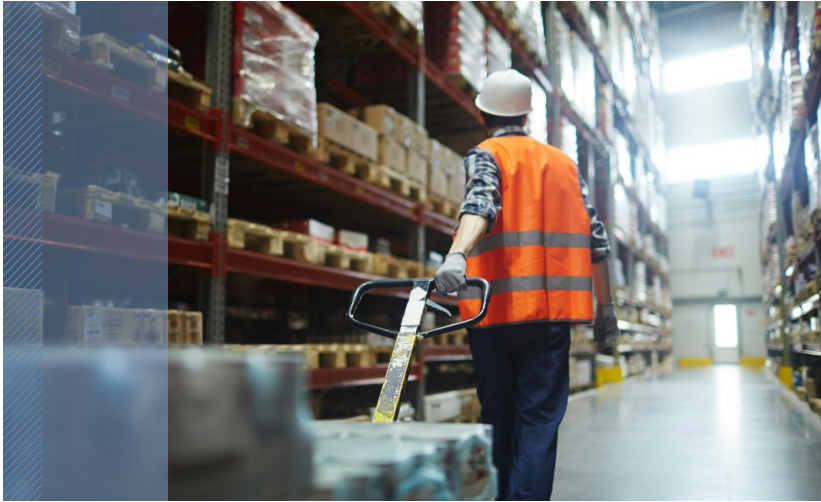
14 Bayern muss (Bus-)Tourismusland Nummer eins bleiben

15 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zuverlässig gewährleisten

16 Sicherheit im öffentlichen Raum garantieren



Unsere Veranstaltungen und alle weiteren Informationen rund um die Kommunalwahl 2026 finden Sie auf
→ clever-waehlen.bayern



Forderung 01

Wirtschaftsförderung ins Zentrum der Kommunalpolitik stellen

Ohne eine starke Wirtschaft vor Ort gibt es keine (Gewerbe-)Steuereinnahmen, keine wohnortnahen Arbeitsplätze und damit keine langfristige Perspektive für die Menschen vor Ort. Wir fordern die Gemeinden, Städte und Kreise daher dazu auf, die Wirtschaftsförderung ins Zentrum der Kommunalpolitik zu stellen. Die Anliegen von Unternehmen und Betrieben vor Ort müssen überall Gehör finden.

Forderung 02

Finanzierung der Kommunen sicherstellen

Kommunen benötigen die finanziellen Spielräume, um ihren Pflichtaufgaben nachzukommen und gleichzeitig Kürzungen bei Investitionen und freiwilligen Leistungen zu vermeiden. Es geht um gute Standortbedingungen für Unternehmen und Bürger*innen. Hohe Gewerbesteuerhebesätze sind der falsche Ansatz, da sie zu Standortnachteilen und Ausweicheffekten führen. Vielmehr gilt es, die kommunale Finanzkraft mit einer gewerbefreundlichen Politik zu stärken. Klar ist aber auch, dass viele Kommunen unter hohen Ausgabensteigerungen leiden, die sie häufig selbst nicht zu verantworten haben. Zuletzt sind insbesondere die Ausgaben für Sozialleistungen gestiegen. Land und Bund

sind gefordert, hier gegenzusteuern. Das Konnexitätsprinzip muss generell eingehalten werden. Ziel ist es, den Kommunen die notwendigen Rahmenbedingungen für die Umsetzung ihrer Handlungs- und Gestaltungsoptionen zu geben. Wir begrüßen daher ausdrücklich die kraftvolle Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs des Freistaats für die Kommunen für das Jahr 2026 auf die neue Rekordsumme von fast 13 Milliarden Euro sowie die zusätzlich 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes.



Forderung 03

Moderne Verkehrsinfrastruktur vor Ort gewährleisten

Unternehmen brauchen an ihrem Standort in ihrer Kommune eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur, um für Kunden, Beschäftigte und Zulieferer erreichbar zu sein und Waren ausliefern zu können. Wichtig ist eine bedarfsgerechte Versorgung, die die Verhältnisse und die Bedürfnisse vor Ort miteinbeziehen. Zur Sicherung einer auskömmlichen Finanzierung des zuschussbedürftigen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) fordern wir ver-

lässliche, langfristige Finanzierungsgrundlagen, die den Kommunen und den ÖPNV-Unternehmen ausreichend Planungssicherheit ermöglichen. Den Bedürfnissen des Güterverkehrs ist insbesondere über die planungsrechtliche Sicherung notwendiger Flächen durch die Kommunen (Schienentrassen, Standorte für den Güterumschlag, Parkplätze etc.) Rechnung zu tragen.



Forderung 04

Mehr Wohnraum schaffen

Bezahlbarer Wohnraum ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit und wird auch immer mehr zu einem Standortfaktor für Unternehmen. Zentrale Hebel für mehr Wohnraum liegen in der Hand der Kommunen, da bei ihnen die Planungshoheit liegt. Die Gemeinden und Städte müssen die städtebauliche Entwicklung vorantreiben und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsneubau und Nachverdichtungen schaffen. Partikularinteressen vor Ort dürfen nicht die dringend nötige Schaffung von Wohnraum ausbremsen. Auch gilt es, die neuen Möglichkeiten, die etwa durch den Bauturbo des Bundes geschaffen wurden, zu nutzen.

Forderung 05

Ausreichend Kinderbetreuungs-kapazitäten zur Verfügung stellen

Unternehmen benötigen vor Ort ein dichtes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen, seien es Kitas, Kindergärten oder Nachmittagsbetreuungen im schulischen Bereich. Zwar besteht mittlerweile für zahlreiche Kinder ein Rechtsanspruch auf Betreuung, trotzdem mangelt es häufig vor Ort noch an einem passenden Angebot. Knackpunkt sind oft fehlende Fachkräfte. Die Gemeinden sind verantwortlich für die Planung und Finanzierung der Betreuungsangebote. Entscheidend ist hier eine fortlaufende Bedarfsplanung, um rechtzeitig auf künftige Betreuungsbedarfe reagieren zu können und Lösungen bereitzustellen.



Forderung 06

Kundenorientierte digitale Verwaltungen schaffen

Wir brauchen effiziente, schnelle und kunden- sowie lösungsorientiert aufgestellte Kommunalverwaltungen. Dazu gehört auch ein hoher Grad an digitalen Prozessen und Abläufen. Das Tempo beim E-Government in den Kommunen muss weiter zulegen. Ziel muss es sein, alle Verwaltungsprozesse innerhalb der nächsten zwei Jahre zu digitalisieren. Der Bund und der Freistaat stehen dabei in der Verant-

wortung, den Kommunen dazu passende digitale Lösungen zur Verfügung zu stellen. Ein hoher Digitalisierungsgrad ist für Verwaltungen auch eine Chance, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wo die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen funktioniert, können Unternehmen sich auf das Wesentliche konzentrieren, nämlich ihr Geschäft. Wo nicht, werden die Unternehmen ausgebremst.

Forderung 07

Energiewende in den Kommunen weiter vorantreiben



Die Wirtschaft benötigt bezahlbare und nachhaltige Energie. Das Tempo der Energiewende hängt dabei maßgeblich von den Kommunen ab. Denn dafür sind vor Ort die Genehmigung und der Bau der notwendigen Infrastruktur erforderlich, etwa beim Ausbau von Stromnetzen, Windrädern oder bei der Realisierung von Speichern, Großwärmepumpen und Power-to-X-Anlagen bis hin zu den Ladesäulen für E-Mobilität. So kann etwa der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität stark beschleunigt werden, wenn die Kommunen Genehmigungen für neue E-Ladesäulen schneller und ohne tiefergehende Prüfung erteilen. Nach der bayeri-

schen Bauordnung ist dieses Vorgehen seit Anfang 2025 möglich; es sollte flächendeckend umgesetzt werden. Grundsätzlich gilt: Der ohne Zweifel wichtige Denkmalschutz darf dabei nicht als Vorwand zur überzogenen und systematischen Verhinderung von Vorhaben für die Energiewende gelten. Kommunen können zum Motor der Transformation werden, da sie das Bindeglied zur Bevölkerung vor Ort sind und die Akzeptanz derartiger Maßnahmen durch kommunale Moderations- und Beteiligungsprozesse erhöhen können. Für den Umbau der Wärmeversorgung ist eine verlässliche kommunale Wärmeplanung die Grundlage.

Forderung 08

Digitale Netze weiter ausbauen

Digitalisierung braucht die entsprechende Infrastruktur. Es muss sichergestellt sein, dass weder mobiles Arbeiten noch neue digitale Anwendungen in der Industrie an unzureichenden Datenverbindungen scheitern – was heute noch zu oft Realität ist. Insbesondere müssen Industrie- und Gewerbegebiete zeitnah flächendeckend den Sprung ins Glasfaser- und 5G Zeitalter schaffen. Ländliche Räume, in denen die weißen Flecken größer sind, dürfen nicht abgehängt werden. Nicht nur unsere heimischen Hidden Champions, die häufig gerade dort zu finden sind, benötigen einen Anschluss auf Weltklasseniveau.



Forderung 09

Gesundheitsversorgung sicherstellen

Eine gute Gesundheitsversorgung ist nicht nur für die Menschen zentral, sondern auch für die Unternehmen vor Ort. Ohne ausreichende Angebote wird es gerade für Betriebe in den ländlich geprägten Regionen sehr schwierig, Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen. Zwar ist es primär Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigungen, die Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten Angeboten sicherzustellen. Trotzdem können die Gemeinden über verschiedene Wege die Gesundheitsversorgung vor Ort mitgestalten. Einflussmöglichkeiten gibt es unter anderem durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Praxen, die aktive Werbung für den Standort bei der Zielgruppe sowie die Unterstützung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal bei der Suche nach Wohnraum.



Forderung 10

Für ein optimales Zusammenspiel von kommunalen und privaten Anbietern sorgen

Städte und Gemeinden sollten nur dort wirtschaftlich tätig werden, wo sie notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge nachhaltig besser erledigen können als private Unternehmen. Aktuell erleben wir allerdings einen Trend zur Rekommunalisierung von zuvor privat erbrachten Leistungen. Diesem Trend gilt es entgegenzuwirken. Grundsätzlich fordern wir, dass kommunale Eigenbetrie-

be, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, weder neu geschaffen noch erweitert werden. Schließlich gilt: Private Unternehmen stehen – anders als viele öffentliche Betriebe – unter einem permanenten Wettbewerbsdruck, der sie zwingt, ihre Leistungen hochwertig, innovativer, effektiver und günstig zu erbringen.



Forderung 11

Kommunale Aufträge über mittelstands- freundliche Losvergabe erteilen

Zur Stärkung mittelständischer und lokaler Anbieter sollten kommunale Aufträge so wenig wie möglich über Generalunternehmen und so oft wie möglich über das Prinzip einer mittelstandsfreundlichen Los-

vergabe vergeben werden. Generell ist auf schlanke und unbürokratische Vergabeverfahren mit maßvollen Referenzanforderungen zu achten, damit auch kleine und junge Unternehmen zum Zuge kommen können.

Forderung 12

Kreislaufwirtschaft in den Kommunen vorantreiben

Kommunen sind eine der maßgeblichen Schnittstellen für das Vorantreiben der Kreislaufwirtschaft, denn die Entsorgung von Haushaltsabfällen ist kommunale Aufgabe. Kommunen und ihre privatwirtschaftlich betriebenen Einrichtungen sollten ihrer gesetzlichen Vorbildfunktion nachkommen und bei Beschaffung und Bauvorhaben möglichst auf langlebige, reparaturfreundliche, wiederverwertbare und am Ende des Lebenszyklus entsorgungsfreundliche Erzeugnisse setzen. Um die Kreislaufwirtschaft voranzu-

bringen, benötigen wir zudem ausreichende Aufbereitungs- und Zwischenlagerkapazitäten. Diese müssen in vielen Regionen erst aufgebaut und genehmigt werden, wofür die notwendigen Flächen bereitstehen müssen. Darüber hinaus gilt: Bioabfälle sind wertvoll, und sie werden deutlich intensiver dort genutzt, wo den Haushalten eine Biotonne zur Verfügung gestellt wird. Das sollte in Bayern daher flächendeckend gewährleistet werden



Forderung 13

Attraktive Innenstädte beziehungsweise Ortskerne schaffen

Attraktive Zentren sind ein Standortfaktor für die Unternehmen vor Ort. Es gibt viele Wege, wie Städte und Gemeinden ihre Zentren und Innenstädte attraktiv gestalten können. So können etwa Leerstände durch schnelle Genehmigungsverfahren für die Umnutzung – auch für ungewöhnliche Ideen – verringert werden. Auch gilt es, Genehmigungen von Erweiterungsmaßnahmen jenseits des eigentlichen Geschäftszwecks unbürokratisch zu erteilen (etwa Erweiterung eines Einzelhandels durch eine Bistro- oder Café-Ecke). Die Schaffung und der Erhalt von ausreichendem Parkraum und die gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV tragen ebenfalls zur Attraktivität von Innenstädten bei. Zu begrüßen ist zudem, wenn die Kommunen Werbekampagnen für den Einkaufsstandort unterstützen und ihren Beitrag zur Einhaltung der Sicherheitsauflagen bei lokalen Events leisten. Darüber hinaus gilt es, bürokratische Hürden für die Fassaden- sowie die Dachgärtenbegrünung abzubauen.



Forderung 14

Bayern muss (Bus-)Tourismusland Nummer eins bleiben

Der Bustourismus ist für Kommunen und Tourismus-Destinationen von großem Interesse, da er außerhalb der Hauptreisezeiten und sehr stark in ländlichen Regionen stattfindet. Bei den notwendigen Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen empfehlen wir, (Bus-)Tourismus und ÖPNV gemeinsam zu denken und zu planen. Es sind Investitionen in eine busfreundliche Infrastruktur erforderlich. Zudem stellt die Umstellung auf E-Mobilität insbesondere die mittelständischen Busunternehmen vor große Herausforderungen. Die Kommunen sind gefordert, hier planerische und genehmigungsrechtliche Unterstützung zu leisten.

Forderung 15

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zuverlässig gewährleisten



Die Kommunen haben für den Bevölkerungsschutz und den Katastrophenschutz, etwa den Schutz der Kritischen Infrastruktur, vor Ort eine herausragende Bedeutung. Vor dem Hintergrund zunehmender Risiken – etwa infolge der weltweiten Bedrohungslagen oder der klimatischen Veränderungen – wachsen die Anforderungen an die Kommunen in diesem Bereich stark an. Es ist daher essenziell, dass die Kommunen bei den Planungen der übergeordneten Stellen frühzeitig und umfassend mit eingebunden und entsprechend trainiert werden. Nur so ist sichergestellt, dass die Kommunen im Katastrophenfall schnell und handlungssicher eingreifen können.

Forderung 16

Sicherheit im öffentlichen Raum garantieren

Bayern ist das sicherste Land in der Bundesrepublik. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wird in den Kommunen vor Ort realisiert. Auch für die Wirtschaft ist Sicherheit von großer Bedeutung. Allerdings hat auch in Bayern in den letzten Jahren das Sicherheitsgefühl der Menschen nachgelassen. Die Kommunen vor Ort sehen sich mit großen Herausforderungen konfrontiert, wie etwa migrationsbezogene Kriminalität oder links- und rechtsextremistische Gewalttaten. Die Staatsgewalt muss im Bereich der inneren Sicherheit konsequent handeln. Sie muss jederzeit in der Lage sein, ihre existierenden Gesetze durchzusetzen und Verstöße zu ahnden. Zudem gilt es auch, das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken. Wir fordern daher eine sehr gute personelle, finanzielle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und der Justiz. Gesetze müssen konsequent angewendet und durchgesetzt werden. In den Kommunen vor Ort kann das Sicherheitsgefühl unter anderem durch gute Beleuchtungskonzepte sowie durch eine konsequentere Videoüberwachung von gefährdeten Plätzen und Gegenden gestärkt werden.



Stark für Bayern

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Wir vertreten die gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 164 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie 52 Fördermitgliedern. So erhalten wir den Freiraum für wirtschaftliches Handeln und sichern gleichzeitig den sozialen Frieden.

www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



Das ausführliche Programm sowie alle Veranstaltungen zur Kommunalwahl 2026 in Bayern finden Sie auf unserer Website.



Kommunalwahl Bayern 2026
→ clever-waehlen.bayern

Ansprechpartner

Raimo Kröll

Planung und Koordination

T 089-551 78-330

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5

80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2026

Konzeption und Realisation

gr_consult gmbh

vbw@gr-consult.net

Bildnachweis

Getty Images: S. 01, 04, 06

iStock: S. 04, 05, 06, 07, 08, 09

Unsplash: S. 02, 03, 05, 07, 08, 09, 10